

Fairness JA! – Kahlschlag NEIN!

In dieser Woche treffen die Bundestagsabgeordneten einen sehr weitreichenden Beschluss. Mit der Abstimmung über das „Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich“ stellt der Deutsche Bundestag die Weichen für mehr oder weniger Umweltschutz, für mehr oder weniger Stau auf Straßen und Autobahnen und nicht zuletzt über die Zukunft von zigtausenden Arbeitsplätzen in allen Unternehmensbereichen der DB AG und den nichtbundeseigenen Eisenbahnen.

Hintergrund: Der bisherige Gesetzentwurf – ausgehandelt zwischen Bundesregierung und Bundesrat – führt zu untragbaren Mehrbelastungen für den Schienenpersonenverkehr (SPV). Demnach sollen die Kostensteigerungen bei der Eisenbahn-Infrastruktur für den SPV, die die Rate von jährlich 1,8 Prozent übersteigen, dem SPV zusätzlich zu den von ihm selbst zu tragenden Kosten und Kostensteigerungen aufgebürdet werden. In der gültigen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und DB AG wurden jedoch bereits jährliche Steigerungen der Trassenpreise von 2,4 Prozent unterstellt!

Konsequenz: Ohne Ausgleich des Fehlbetrages von 0,6 Prozent – der derzeit nicht vorgesehen ist - entsteht ein Defizit in Milliardenhöhe! Die DB AG hat bereits angekündigt, Fernverkehrsstrecken – die sich für das Unternehmen nicht mehr rechnen – einzustellen. In der Konsequenz bedeutet dies den Verlust von tausenden Arbeitsplätzen in allen Bereichen der DB AG. Eisenbahnerfamilien werden arbeitslos, alleinerziehenden Müttern und Vätern droht der soziale Abstieg. Vielen sozialpolitischen Errungenschaften innerhalb des DB Konzerns droht das AUS.

Weniger Fernverkehr bedeutet auch weniger öffentlichen Personennahverkehr. Davon wären auch die nichtbundeseigenen Bahnen betroffen. Auch hier droht sozialer Kahlschlag – Unternehmen werden in der Konsequenz Arbeitsplätze abbauen. Familienmüttern und Familienvätern droht auch hier die Arbeitslosigkeit.

Weniger Fernverkehr bedeutet jedoch auch mehr Individualverkehr. Mehr Autos auf Straßen und Autobahnen hat noch mehr Staus und damit auch höhere – statt geringere – Umweltbelastungen zur Folge. Die Bahn ist und bleibt das umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Die Klimaziele im Verkehr würden damit nicht erreicht.

Wir – die Frauen innerhalb der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft – fordern deshalb nachdrücklich, die Pläne von Bundesregierung und Ländern zu stoppen!

Verkehrs-, Umwelt- und Sozialpolitik ist mehr als ein einfaches Spiel mit Zahlen und hat weitreichendere Konsequenzen, als man sie während nächtlicher Kompromissuche überblicken kann.

Oder haben die Länder bei ihrer Entscheidung bedacht, welche Konsequenzen die durch höhere Arbeitslosigkeit verursachten Steuerausfälle, höheren Sozialausgaben u.v.a.m. auf ihre Haushalte tatsächlich haben?

Haben sie tatsächlich bedacht, was es für die Attraktivität ihrer einzelnen Länder bedeutet, wenn eine bislang gut funktionierende Eisenbahn-Infrastruktur zerschlagen ist und die Menschen sich tagtäglich stundenlang durch noch längere Staus quälen müssen?

Allein diese Kosten und Folgekosten dürften die Länderhaushalte mehr belasten, als die kurzfristigen Einsparungen durch den nun zur Abstimmung stehenden Kompromiss bringen würden.

Lehnen Sie den Kompromiss ab und stimmen Sie damit gegen den Abbau von tausenden von Arbeitsplätzen bei den Bahnen!

Lehnen Sie den Kompromiss ab und stimmen Sie damit gegen den Abbau von sozialen Errungenschaften bei den Bahnen!

Lehnen Sie den Kompromiss ab und stimmen Sie damit gegen eine weitere Benachteiligung des SPV gegenüber Fernbussen!

Lehnen Sie den Kompromiss ab und stimmen Sie damit gegen die Aufgabe der Klimaziele und damit für einen CO2-freien Verkehr ab dem Jahr 2050!

Lehnen Sie den Kompromiss ab und erneuern Sie damit die Jahrzehnte alte Forderung nach der Verlagerung von mehr Verkehren von der Straße auf die Schiene!

Stimmen Sie gegen den vorliegenden Kompromiss und damit gegen verkehrs-, umwelt- und sozialpolitischen Kahlschlag!